

Fragen

**für die Fragestunde der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. November 2024**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökey (Gruppe Die Linke)	30, 31	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	49
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Kippels, Georg, Dr. (CDU/CSU)	6, 7
Brandner, Stephan (AfD)	4, 5	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	29, 44
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	27, 28	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	19, 43
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	32, 33	Lay, Caren (Gruppe Die Linke)	10, 11
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	37, 38	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 46
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	17, 18	Pilsinger, Stephan, Dr. (CDU/CSU)	39, 40
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	41, 42	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	34, 48
Gohlke, Nicole (Gruppe Die Linke)	45, 47	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	20, 21
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	25, 26	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	12, 13
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	14, 22	Schattner, Bernd (AfD)	1, 3
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	15, 16	Seitz, Thomas (fraktionslos)	35, 36
		Ziemiak, Paul (CDU/CSU)	8, 9

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	5
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

1. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie sich durch deutsche Entwicklungshilfegelder die positive Maskulinität in Ruanda sowie der Ökofeminismus in Südafrika entwickelt haben?
2. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Welche Projekte im Rahmen der entwicklungspolitischen Tourismusförderung sind in der laufenden Wahlperiode beendet worden, und wie wird deren Weiterführung vor Ort bis jetzt bewertet?
3. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, welche Projekte durch deutsche Entwicklungshilfegelder im öffentlichen Personennahverkehr in Lateinamerika gefördert wurden?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche konkreten Projekte zur Förderung der Geschlechtergleichheit förderte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Jahr 2023 (bitte die 14 Projekte mit der höchsten Förderung und die dazugehörigen Fördersummen angeben)?
5. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie bewertet die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze rückblickend die Förderung des Baus von Radwegen in Peru, und soll der Bau von Radwegen in Peru durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auch im Jahr 2025 noch gefördert werden?

6. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die erheblichen Haushaltskürzungen im Einzelplan 23, beispielsweise bei den Mitteln für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, für GAVI – Die Impfallianz und für die Global Polio Eradication Initiative, angesichts des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP festgelegten Ziels, die ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erreichen (https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Stellungnahmen/VENRO_Stellungnahme_Bundeshaushaltsentwurf_2025.pdf), und wie möchte die Bundesregierung verhindern, dass diese Kürzungen, darunter auch die 18-prozentige Reduzierung der Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) – trotz der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit UNFPA gestarteten Initiativen zur Frauengesundheitsförderung auf dem World Health Summit in Berlin im Oktober 2024 (www.youtube.com/watch?v=ulIx-gzqL58) – zu einem Signal für andere Länder werden, ihre finanziellen Zusagen und politische Unterstützung für das Mandat der Organisationen ebenfalls zu verringern?
7. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, das SDG-2-Ziel (SDG: Sustainable Development Goals = Ziele für nachhaltige Entwicklung) zur Beseitigung des Hungers bis 2030 noch zu erreichen, wenn sie die Mittel für die Krisenbewältigung laut aktueller Haushaltsplanung um fast 40 Prozent gekürzt hat, sich gleichzeitig aber die weltweite Ernährungssituation aufgrund von Kriegen und klimatischen Extremereignissen laut aktuellem Welthungerindex (www.welthungerhilfe.de/hunger/welthunger-index) weiter verschärft, und ist der Bundesregierung bewusst, welches Signal sie international damit aussendet, insbesondere vor dem Hintergrund von Deutschlands Ruf als verlässlichem Partner?
8. Abgeordneter
Paul Ziemiak
(CDU/CSU)
- Mit welchen Projekten engagiert sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung derzeit in Team-Europe-Initiativen (bitte auflisten)?

9. Abgeordneter
Paul Ziemiak
(CDU/CSU)
- In welchen Initiativen arbeitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung neben der KfW und der Weltbank mit weiteren europäischen/multilateralen Finanzinstitutionen zusammen, um vor dem Hintergrund sich dynamisch entwickelnder politischer Risiken in EZ-Partnerländern Garantien für private Investitionen übernehmen zu können (bitte nach Finanzinstitutionen und Initiativen auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

10. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)
- Ist, da im Entwurf der Baugesetzbuchnovelle das kommunale Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten nicht wiederhergestellt wird, davon auszugehen, dass die Bundesregierung nicht mehr vorhat, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, Häuser und Wohnungen zu kaufen, bevor es Spekulanten tun, so wie sie es bis 2021 konnten?
11. Abgeordnete
Caren Lay
(Gruppe Die Linke)
- Plant die Bundesregierung für das Jahr 2025 Investitionszulagen für eine neue Wohngemeinnützigkeit, und wie viele Wohnungen im gemeinnützigen Bereich werden nach Einschätzung der Bundesregierung in einem Jahr hinzukommen, die noch nicht gemeinnützig sind?
12. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- An welchem Datum hat die Bundesregierung die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beauftragt, die rechtsförmliche Gründung des Bundesforschungszentrums für klimaneutrales und ressourceneffizientes Bauen („Living Art of Building“, LAB) zu unterstützen, und wie genau lautet der Auftrag an die Beratungsgesellschaft?
13. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand bei der mietvertraglichen Regelung der Bundesstiftung Bauakademie, um alle Bedingungen der Arbeitsstättenverordnung einzuhalten, und wann ist mit einer Einigung zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

14. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Welche Gespräche, Telefonate, Treffen, schriftliche Korrespondenz und/oder anderweitige Kommunikation gab es unter Beteiligung des Bundeskanzlers Olaf Scholz und/oder des Bundesministers für besondere Aufgaben und Chefs des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt, bei denen die Beteiligung des Bundes an der Commerzbank AG thematisiert wurde (bitte die letzten neun Kommunikationsformate nach Zeitpunkt, Beteiligten und Inhalten aufschlüsseln)?
15. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, einen EU-Nachrichtendienst bzw. eine „fully fledged intelligence cooperation service at the EU level“ einzurichten, wie es der ehemalige Präsident der Republik Finnland Sauli Niinistö in einem Bericht im Auftrag der Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen empfiehlt (www.politico.eu/article/europe-spy-service-cia-ursula-von-der-leyen/), und wie bewertet die Bundesregierung diese Empfehlung bzw. einen Ausbau der nachrichtendienstlichen Kooperation inklusive des Informationsaustausches auf EU-Ebene?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

16. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Ist die Bundesregierung zu dem Sachverhalt, auf den sie in der Bundespressekonferenz am 11. September 2024 angesprochen wurde (www.nachdenkseiten.de/?p=121352), dass der Transport von RDX-Sprengstoff nach Israel durch einen in deutschem Besitz befindlichen Frachter eines Lübecker Unternehmens, der wohl inzwischen auch unter deutscher Flagge registriert ist, erfolgt sein soll (siehe dazu <https://diefreiheitsliebe.de/politik/mv-kathrin-deutsches-schiff-mit-explosiver-fracht-fuer-israel-entfacht-weltweite-empowerung/>), mittlerweile zu einer Auffassung gelangt, und wenn ja, wie lautet diese, und wenn nein, warum nicht (bitte begründen), und hat die Bundesregierung auf diesen Vorgang bereits reagiert (unter anderem auch gegenüber dem Lübecker Unternehmen), und wenn ja, wie (bitte konkrete Maßnahmen nennen), und wenn nein, warum nicht (bitte begründen)?

17. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Wann hat die Bundesregierung die nach § 34 Absatz 2 des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes im Jahr 2022 erforderliche Evaluierung der Entwicklung der KWK-Stromerzeugung in Deutschland durchgeführt, und weshalb wurde diese Evaluierung bis heute noch nicht veröffentlicht?
18. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung (ggf. im Rahmen der Umsetzung europäischer Richtlinien) Änderungen bei der CO₂-Bepreisung von Anlagen mit weniger als 20 MW Feuerungsleistung, und weshalb erlaubt die Bundesregierung für Biomasseheizkraftwerke, die Altholz der Kategorie 2 verbrennen, zwecks Verringerung der Bürokratie keine pauschalisierte CO₂-Abgabe (sofern anderweitiger Bürokratieabbau in diesem Bereich geplant ist, bitte benennen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

19. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Inanspruchnahme von Dispositionskrediten und zur Ablehnung von in der Regel zinsgünstigeren Ratenkrediten durch Verbraucherinnen und Verbraucher in Abhängigkeit von deren (Haushalts-)Einkommen?
20. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- In wie vielen Fällen wurde seit dem Februar 2022 Beschaffung, Transport und Handel mit Gütern, Waren und Dienstleistungen aus oder nach Belarus (www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/afdpolitiker-joerg-dornau-landtag-abgeordneter-zwiebelfarm-belarus-gefangene-100.html), die beispielsweise aufgrund europarechtlicher Bestimmungen oder des Außenwirtschaftsgesetzes beschränkt oder sanktioniert sind, geprüft, und in wie vielen Fällen wurden Umgehungen von Sanktions-, Zoll-, Steuer- oder Außenwirtschaftsvorschriften festgestellt (bitte nach Jahren und Summe der betroffenen Güter, Waren und Dienstleistungen auflisten)?

21. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- In wie vielen Fällen wurde seit dem Februar 2022 Beschaffung, Transport und Handel mit Gütern, Waren und Dienstleistungen aus oder nach Russland (www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/maritime-guter-fur-russland-beschafft-zollfaehnd-ernehmen-russischen-staatsbuenger-in-nurnberg-fest-12617312.html), die beispielsweise aufgrund europarechtlicher Bestimmungen oder des Außenwirtschaftsgesetzes beschränkt oder sanktioniert sind, geprüft, und in wie vielen Fällen wurden Umgehungen von Sanktions-, Zoll-, Steuer- oder Außenwirtschaftsvorschriften festgestellt (bitte nach Jahren und Summe der betroffenen Güter, Waren und Dienstleistungen auflisten)?
22. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Schritte wurden im Rahmen der vom Bundesminister der Finanzen Christian Lindner in Auftrag gegebenen „generellen Prüfung der Verhaltensregelungen für Beamtinnen und Beamte“ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 40 auf Bundestagsdrucksache 20/9902 sowie auf meine Schriftliche Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 20/10791) in Bezug auf die Nebentätigkeiten von Ministerialbeamten mittlerweile initiiert und/oder abgeschlossen, und wurden im Zuge der entsprechenden Prüfung externe Stellen hinzugezogen bzw. ist dies künftig geplant (falls externe Stellen hinzugezogen wurden bzw. dies geplant sein sollte, bitte auch angeben, um welche es sich handelt)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

23. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen sind bisher über das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan nach Deutschland eingereist, und wie lang ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Antragstellung bis Visumerteilung?
24. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten entstehen dem Bundeshaushalt durch die derzeit stattfindenden Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen, und wie viel Personal der Bundespolizei wird dafür eingesetzt?

25. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Wie bewertet die Bundesregierung die personelle, materielle und organisatorische Einsatzbereitschaft, um die Bevölkerung im Kriegsfall in Ballungsräumen mit mindestens einer täglichen Mahlzeit zu versorgen, wie es laut Medienberichten (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/was-wenn-russland-angreift-das-sind-die-plaene-berlins-fuer-den-kriegsfall-01/100042912.html) in den Richtlinien für die Verteidigung vorgesehen ist?
26. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Wie ist die Einsatzbereitschaft des aktuell einzig verfügbaren „Mobilen Betreuungsmoduls 5.000“, und hält die Bundesregierung an der geplanten Anschaffung von insgesamt zehn Modulen weiterhin fest?
27. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Mit welchen gewinnorientierten Unternehmen stehen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Bundesministerien oder Bundesbehörden im Kontext der Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete seit 2019 in Kontakt (bitte die fünf am häufigsten kontaktierten Unternehmen einzeln auflisten), und bestehen seit 2019 Geschäftsbeziehungen zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder anderen Bundesbehörden mit den Unternehmen Ecolog Deutschland GmbH bzw. Ecolog International, Medihospes Cooperativa Sociale SC sowie der G4S Security Solutions GmbH bzw. G4S Limited, die in anderen EU-Mitgliedstaaten in dem Bereich Asyl/Migration tätig sind, und wenn ja, wurden seit 2019 Zahlungen im Bereich Asyl/Migration für Miete, Dienstleistungen oder Ähnliches an diese Unternehmen geleistet (wenn ja, bitte die entsprechenden Beiträge pro Unternehmen für die entsprechenden Leistungen einzeln auflühren)?
28. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung, Mitarbeitende der Bundesministerien, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder der Bundesbehörden haben sich in der laufenden Legislaturperiode mit Vertretern der Serco Group plc oder von deren Tochterfirmen getroffen, da solche Treffen aufgrund des bestehenden Lobbyregisterintrags aus meiner Sicht naheliegen (www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R003197/44057?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3Dserco%26pageSize%3D25%26filter%25BactiveLobbyist%25D%25Btrue%25D%3Dtrue%26sort%3DRELEVANCE_DESC; bitte die letzten neun Treffen mit Datum und Gesprächsinhalten einzeln auflisten), und was war das wichtigste Ergebnis dieser Treffen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

29. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Vorwürfe Israels, dass einzelne Mitarbeiter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) aktive Mitglieder der von Deutschland als terroristische Organisation betrachteten Hamas sind und als solche an dem terroristischen Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 beteiligt waren (<https://new.embassies.gov.il/berlin/de/news/unrwa07>), die Gefahr, durch deutsche Zahlungen an das UNRWA indirekt Terrorunterstützung zu leisten (<https://taz.de/Zahlungen-an-UNRWA/!6003492/>), und sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Hilfgelder mutmaßlich von terroristischen Organisationen zweckentfremdet wurden?
30. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele medizinische Visa hat Deutschland bislang für die Behandlung schwer verletzter Menschen aus Gaza gewährt, von wo laut Weltgesundheitsorganisation über 10.000 Menschen aus medizinischen Gründen evakuiert werden müssen, weil die notwendige medizinische Versorgung nicht zur Verfügung steht (vgl. <https://news.un.org/en/story/2024/07/1151976>), und inwiefern hält die Bundesregierung weiterhin an ihrer Haltung fest, selbst schwer verletzten palästinensischen Kindern die Einreise zu verweigern, wenn diese mit einer Begleitperson anreisen möchten (vgl. www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/gaza-kinder-unterstuetzung-100.html)?
31. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Personen aus den palästinensischen Gebieten mit Bezügen nach Deutschland warten nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit noch auf eine Evakuierung (bitte nach Staatsangehörigkeiten und begehrten Aufenthaltstiteln bzw. Visumarten aufschlüsseln), und wie viele derjenigen, die seit dem 7. Oktober 2023 um Evakuierung ersucht haben, konnten inzwischen nach Deutschland einreisen?

32. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Besteht für die Bundesregierung die Möglichkeit, über einen Antrag beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag die von Südafrika im Verfahren um seinen Völkermordvorwurf gegen Israel am 28. Oktober 2024 vorgelegte mehr als 750 Seiten umfassende Stellungnahme (<https://the-presidency.gov.za/south-africa-delivers-evidence-israel-genocide-icj>), ergänzt mit einem mehr als 4.000 Seiten Beweisstücke und Anhänge enthaltenden Annex, Einsicht zu erlangen, und wird sie ggf. einen solchen Antrag stellen – sofern noch nicht geschehen –, um sich mit den Beweisstücken und Gegenargumenten Südafrikas zu befassen, die ihrer Einschätzung widersprechen, dass der von Südafrika vor dem IGH gegen Israel erhobene Vorwurf genozidaler Handlungen jeder Grundlage entbehre und dieser entschieden und ausdrücklich zurückzuweisen sei (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-zur-verhandlung-am-internationalengerichtshof-2252842), und wenn nein, warum nicht?
33. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, für wann die US-Administration ein weiteres Treffen der sogenannten Ramstein-Gruppe auf dem US-Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz einberuft, vor dem Hintergrund der Feststellung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, „die Umrisse der Begegnung zeichneten sich ab“ (dpa vom 30. Oktober 2024, www.ntv.de/politik/21-44-Selenskyj-erwartet-baldiges-Ramstein-Treffen--article25327274.html), und teilt die Bundesregierung die Kritik der Europäischen Kommission an dem von den großen ukrainischen Fernsehsendern per Präsidialdekret rund um die Uhr ausgestrahlten, staatlich finanzierten „Tele-marathon“ (Vereinigte Nachrichten – Yedyni Novyny) bezüglich fehlender Objektivität und mangelnder Pluralität der Medienlandschaft (<https://kyivindependent.com/european-commission-criticizes-state-sponsored-telethon-calls-for-restoration-of-pluralistic-media-landscape-in-ukraine/>; www.berliner-zeitung.de/news/russland-ukraine-krieg-eu-will-reform-von-kriegs-tv-sendung-li.2267680)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

34. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche „Vertreter von Unternehmen und Vereinen unterschiedlicher Größe und Struktur“ waren am „Praxischeck zu beurkundungsbedürftigen Vorgängen im Vereins- und GmbH-Recht“ des Bundesministeriums der Justiz beteiligt (www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/1017_Praxischeck.html; bitte unter Angabe von Namen und Unternehmen, Vereinen, Verbänden bzw. sonstigen Institution im Einzelnen aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

35. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Aus welchen Gründen erfolgt keine zentrale Erfassung der von Asylbewerbern zulasten der Städte und Gemeinden verursachten Kosten für ihre gesundheitliche Versorgung, die sich bei rund 3,2 Millionen Asylbewerbern Ende des Jahres 2023 auf einen hohen einstelligen Milliardenbetrag belaufen, selbst wenn die Kosten pro Kopf nur einen Teil der Kosten für die medizinische Versorgung eines durchschnittlichen Deutschen in Höhe von 6.000 Euro im Jahr betragen (www.tichyseinblick.de/daily-es-entials/milliarden-euro-fuer-die-gesundheit-von-asylbewerbern/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

36. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Abbaus bürokratischer Hemmnisse zur beschleunigten Beschaffung von Rüstungsgütern (Beschleunigungserlass) im Sinne unverändert gebliebener Vorschriften, von Vorschriften, in denen auf den Erlass Bezug genommen wird, von materiell geänderten Vorschriften und außer Kraft gesetzten Vorschriften (Der Steuerzahler 2024, Heft 10, S. 15)?

37. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Aus welchen Titeln des Einzelplans 14 werden – gemäß der Verlautbarung des vom Bundesministerium der Verteidigung betreuten offiziellen Accounts „verteidigungsministerium“ in einer Instagram-Story vom 20. September 2024 – die rund 400 Mio. Euro, die für die Ukraine-Hilfe im Haushaltsjahr 2024 zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden, finanziert, und warum wurden die genannten rund 400 Mio. Euro gemäß Verlautbarung des Bundesministeriums der Verteidigung aus dem Einzelplan 14 gedeckt und nicht aus dem Gesamthaushalt (bitte auch darauf eingehen, ob die Bundesregierung diese Entscheidung als singulären Einzelfall sieht oder zukünftig beabsichtigt, weitere Mittel für die Ukraine-Hilfe durch Umschichtung aus dem Verteidigungshaushalt zur Verfügung zu stellen)?
38. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe werden Haushaltsmittel, die bisher nicht bei Kapitel 6002 Titel 687 03 oder bei Kapitel 1491 Titel 554 99 haushälterisch hinterlegt sind, nach aktueller Kenntnis, Auffassung oder Schätzung der Bundesregierung benötigt, um alle aus der Bundeswehr an die Ukraine abgegebenen Waffensysteme wiederzubeschaffen (sollte die Bundesregierung keine belastbare Gesamtsumme an Haushaltsmitteln nennen können, bitte eine Gesamtschätzung angeben; sollte die Bundesregierung keine Gesamtschätzung nennen können, bitte die Gesamtsumme an Haushaltsmitteln für solche Wiederbeschaffungsvorhaben, deren Finanzvolumen der Bundesregierung bereits – ggf. nur schätzungsweise – bekannt ist, angeben), und schließt die Bundesregierung aus, dass – mit Ausnahme der im Wirtschaftsplan 2024 des Sondervermögens „Bundeswehr“ bei Titel 554 99 etatisierten Mittel – Wiederbeschaffungsvorhaben von aus der Bundeswehr an die Ukraine abgegebenen Waffensystemen aus Mitteln des Einzelplans 14 oder des Sondervermögens „Bundeswehr“ finanziert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

39. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)
- Welche evidenzbasierten, auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhenden Studien sind der Bundesregierung bekannt, die belegen, dass die gesetzliche Einführung einer Widerspruchsregelung bei der Organspende zu einer signifikanten Steigerung der Organspenden bzw. der Organtransplantationen führen könnte (bitte die bekannten Studien konkret aufführen), und wenn der Bundesregierung hierzu keine wissenschaftlichen Studien bekannt sind, welche über die derzeit im deutschen Transplantationsrecht geltenden Vorschriften und Maßnahmen hinausgehenden Maßnahmen könnten nach Auffassung der Bundesregierung zu einer solchen signifikanten Steigerung führen?
40. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung mit Blick auf die in meinen Augen hohen Qualitätsanforderungen zur Erteilung der entsprechenden Leistungsgruppen gemäß dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) die Möglichkeit einer sinkenden Zahl an Entnahmekrankenhäusern gemäß § 9a des Transplantationsgesetzes, die laut der Deutschen Stiftung Organspende heute bei etwa 1.200 liegt (vgl. <https://dso.de/organspende/fachinformationen/informationen-f%C3%BCr-transplantationsbeauftragte-und-krankenhausverwaltungen/entnahmekrankenh%C3%A4user>), und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Zahl der Entnahmekrankenhäuser oder wenigstens die Zahl der Organentnahmen infolge des KHVVG nicht sinkt?
41. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- In welcher Höhe sind der Bundesregierung seit 2020 coronabedingte Zusatzkosten für die Pflegeversicherung bekannt, die vom Bund noch zu erstatten sind, und wie bzw. wann plant die Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbart, die finanzielle Erstattung vorzunehmen (www.dak.de/presse/bundesthemen/politik-unternehmensnachrichten/pflegeversicherung-beitragserhoehung-muss-vermieden-werden_81666)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

42. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wird die Deutsche Bahn AG die Kosten für die notwendige Ersatzmaßnahme (Behelfsstraße zur Absicherung des Schienenersatzverkehrs), die in der Gemeinde Wustermark aufgrund der von der Deutschen Bahn AG geplanten Generalsanierung der Strecke Hamburg–Berlin für einen reibungslosen Ablauf des Schienenersatzverkehrs nötig wird, übernehmen, und wenn ja, wann kann die Gemeinde Wustermark mit einer Kostentübernahmeerklärung rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

43. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Warum hat die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bisher keinen „Verbraucherpolitischen Bericht der Bundesregierung“ vorgelegt, der über ihre konkreten Maßnahmen in der Verbraucherpolitik während ihrer Regierungszeit Rechenschaft ablegt, wie dies 2016 und 2020 der Fall war (siehe z. B. Bundestagsdrucksache 19/21470)?
44. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Brände wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2018 durch Lithium-Batterien oder Lithium-Akkus verursacht, und wie viele davon betrafen die Recyclingbranche (www.bvse.de/schrott-elektronikgeraete-recycling/pressemitteilungen-schrott/10913-massnahmen-gegen-existenzbedrohende-batteriebraende-in-der-recyclingwirtschaft-gefordert.html; bitte nach Jahren auflüsseln)?
45. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke)
- Inwiefern bzw. in welcher Höhe sind im derzeitigen Entwurf für den Bundeshaushalt 2025 Kürzungen für die Verbraucherbildung vorgesehen (bitte begründen und Haushaltstitel auflüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

46. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD) Welche sind die fünf wichtigsten Projekte oder Initiativen, welche die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger bis zum Ende der 20. Wahlperiode voranbringen möchte?
47. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke) Wann hat die Bundesregierung Kenntnis erhalten von den Fällen von Zweckentfremdung von bundesfinanzierten Forschungsfördermitteln (Vermengung von Forschungs- und Privatinteressen), über die die CORRECTIV-Redaktion im Juni und im Oktober 2024 berichtete und von denen ein Fall im Sommer 2023 zu einer rechtskräftigen Verurteilung eines Professors der RWTH Aachen University führte, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um diese zweckentfremdeten öffentlichen Mittel zurückzufordern (<https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2024/10/23/dubiose-geschaeft-e-an-der-elite-universitaet/>)?
48. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU) Was ist der konkrete Inhalt des im Förderkatalog des Bundes mit dem Förderkennzeichen 01UG2403 hinterlegten Vorhabens zu dem Thema „Open Constitutionalism“ des Zuwendungsempfängers Max Steinbeis Verfassungsblog gGmbH (<https://foerderportal.bund.de/foekat/jsp/SucheAction.do?actionMode=view&fkz=01UG2403>), und welches konkrete Ziel wird vonseiten des Bundes mit der Förderung dieses Vorhabens verfolgt?
49. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Wie sehen das Konzept und der Zeitplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein Fusionskraftwerkegesetz aus (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energie-wende-gesetzlicher-rahmen-zur-kernfusion-in-deutschland-geplant-19669987.html) und vgl. Bundestagsdrucksachen 20/10383 und 20/6907), und wann hat es dazu bereits Treffen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gegeben?